

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 33/38  
Telefax: 8 66 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Klaus Wettig MdEP zur offenbar ewigen Gültigkeit eines Lehrsatzes aus der Ökonomie: Eigentum bleibt.

Seite 1

Ludwig Felbermaier zur Aufspaltung der Sozialdemokraten in zwei Parteien und den Folgen für die Regierungsbildung: Die Linke in der Türkei muß ihre Schicksalsfrage lösen.

Seite 2

Bärbel Narnhammer MdL zur Suspendierung der Menschenrechte und der Kurden-Repressionen in der Türkei: Von rechtsstaatlichen Verhältnissen weit entfernt.

Seite 4

### Dokumentation:

Das Netzwerk Friedenskooperative hat für den 9. November zu Manifestationen gegen die Gewalt aufgerufen: Ein Zeichen gegen den Haß setzen!

Seite 5

46. Jahrgang / 206

28. Oktober 1991

### Eigentum bleibt

Zur offenbar ewigen Gültigkeit eines Lehrsatzes aus der Ökonomie

Von Klaus Wettig MdEP

"Die großen Vermögen gehen nicht unter". Dieser Lehrsatz der Wirtschaftsgeschichte wird stets eindrucksvoll bestätigt.

Kürzlich traf ich einen Normannen, der seine 2.000 ha Ackerland seinem durch William dem Eroberer 1066 beschenkten Vorfahren verdankt. Und in Italien stoßen wir allenthalben auf Familien, die seit 500, 800 Jahren schöne Palazzi bewohnen, während wir erst seit 20, 30 Jahren ein Häuschen unser eigen nennen.

Was unsere Klein-Eigentümer sorgenvoll in die Zukunft blicken läßt, der irgendwann anstehende Erbfall nebst fälligen Steuern, das haben diese Eigentümer dutzendfach überstanden. Zusätzlich einige Kriege und Plünderungen.

Wir Deutschen müssen seit einem Jahr hinter diesen großartigen Beispielen nicht länger zurückstehen, denn auf wundersame Weise kehrte das längst aufgegebene und abgeschriebene Vermögen in den neuen Bundesländern zu den früheren Eigentümern zurück.

Henckel-Donnersmarck läßt grüßen und Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland darf ebenfalls freudig hoffen.

Nun hat unser Eigentumsgedanke auch im fernen Afrika Früchte getragen, womit erneut bestätigt wird, daß Europas Prinzipien die Welt bestimmen. Die Benguela-Bahn, portugiesischer Stolz seit 1928, auch Versorgungsstätte mißratener Portugiesen-Söhne, Prüfungsfrage im Erdkunde-Examen, war 1975 in den Revolutionswirren untergegangen. Die Fahrgäste mußten seitdem zu Fuß gehen.

In Brüssel hat jetzt der angolische Staatspräsident darüber verhandelt, wie die alten Eigentumsrechte wieder aufleben können. Bitte schön, war seine Forderung, die Eigentümer möchten doch auch investieren, damit zwischen Lobito und Beira wieder Fahrkarten verkauft werden können.

Vielleicht fragt sich der Betrachter dieser Ereignisse, sollte ich demnächst beim Antiquitätenhändler einige dieser wertlosen (?) Aktien der Königsberger Straßenbahngesellschaft kaufen.

(-/28. Oktober 1991/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahaas 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

\*\*\*\*\*

Verständiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Die Linke in der Türkei muß ihre Schicksalsfrage lösen**  
**Zur Aufspaltung der Sozialdemokraten in zwei Parteien und den Folgen für die  
Regierungsbildung**

Von Ludwig Feltermaler

Vorsitzender der Koordinierungsgruppe Türkei beim SPD-Parteivorstand

Die türkischen Parlamentswahlen sind vorüber, nicht aber die Schicksalsfrage für die politische Linke in der Türkei. Wie lange wollen noch zwei Parteien, die sich sozialdemokratisch nennen, in SHP und DSP aufgespalten sein? Wie lange wollen sie damit noch ein Opfer für die Konservativen erbringen, diesen damit auch in Zukunft zum Sieg zu verhelfen.

Das türkische Wahlgesetz ist kompliziert und voller Tücken. Gerade deshalb ist es mehr als Luxus, mit zwei sozialdemokratischen Parteien anzutreten. Neben der landesweiten Zehn-Prozent-Klausel gilt es für die Kandidaten in den Wahlbezirken noch eine 20-25 Prozent-Hürde zu überwinden. Dies hat in vielen Wahlbezirken der großen Industriegebiete Bursa, Kocaeli (Izmir), Istanbul und Ecevits Hochburg und Kohlestadt Zonguldak dazu geführt, daß die Kandidaten der sozialdemokratischen Volkspartei İnönü an der 20-Prozent-Hürde scheiterten. Ihnen fehlten jene Stimmen, die auf Ecevits Partei entfielen, deren Kandidaten wegen der Sperrklausel ebenso durchfielen.

Die Wahlschlappe der SHP wird vor allem in den Großstädten sichtbar. In Istanbul konnte sie von insgesamt 50 Parlamentssitzen gerade fünf erringen und Ecevit drei. Auf die Mutterlandspartei entfielen 33 Mandate, Demirel kassierte sechs Sitze und die Fundamentalisten drei. In der bisherigen sozialdemokratischen Hochburg Izmir erhielt die DSP keinen Sitz und die SHP rettete das Mandat ihres Parteichefs Erdal İnönü. 15 Mandate teilten sich die Mutterlandspartei und Demirels Partei auf. Lediglich in der Regierungshauptstadt Ankara, in der die SHP mit einem jungen dynamischen Oberbürgermeister die Kommunalpolitik hervorragend gestaltet, gelang es ihr, acht Mandate von 23 zu erobern. Die DSP ging leer aus.

Während die SHP in der Westtürkei und am Schwarzen Meer nur noch knapp 20 Prozent der Stimmen bekam, ist sie eindeutiger Sieger im südöstlichen Mittelmeerraum und in Südostanatolien.

Die Großstadtspartei SHP hat sich bei dieser Wahl eindeutig zur Südostanatolienpartei gewandelt. Die Rettung der SHP durch kurdische Wähler kann für die Partei zu einem Danaergeschenk werden. Die Stärke der SHP in diesem Gebiet beruht auf einem wahltaktischen Manöver. Wahlgewinner dort ist in Wirklichkeit die sozialistische Arbeiterpartei (HEP), nicht zu verwechseln mit der verbotenen PKK. Die HEP wurde vor einem Jahr erst gegründet, als die SHP sieben kurdische Abgeordnete aus Fraktion und Partei verbannte, da sie an einer internationalen Kurdenkonferenz in Paris unter dem Patronat von Danielle Mitterrand teilgenommen hatten. Die HEP, der die Nichtzulassung zu den Wahlen drohte, wurde von der SHP im Huckepack-System auf die Liste genommen. Ob die 20 HEP-Abgeordneten überhaupt in der sozialdemokratischen Fraktion verbleiben, ist sehr fraglich. Die SHP, die von ihren 99 Mandaten nur elf verlor, verdankt das dem Sieg in den kurdischen Gebieten. Sie gewann dort alle Parlamentssitze.

Selbst, wenn Erdal İnönü der HEP weiter entgegenkommen wollte, hat er nur einen engen Spielraum. Beim Huckepack-System war ein innerparteilicher Konsensus nicht herzustellen.

Im Übrigen ist die Parteführung seit den Wahlen geschwächt. Von den 14 Mitgliedern des Präsidiums sind neben İnönü und Generalsekretär Cettin nur noch vier Mitglieder ins Parlament gekommen. Neu dabei Ercan Karakas aus Istanbul, der viele Jahre HDF-Bundesvorsitzender in der Bundesrepublik Deutschland war. Von den 44 Mitgliedern des Parteivorstandes ist die Mehrheit ebenfalls durchgefallen.

In den bevölkerungsreichsten Gebieten - Ankara, Istanbul und Izmir - blieb die Mutterlandspartei von Staatspräsident Özal die absolute Nummer Eins. Industrie, Handel, Dienstleistung und Tourismus profitierten dort am meisten von der wirtschaftlichen Öffnungspolitik Özals.

Die Koalitionsverhandlungen beginnen eben in der Türkei. Demirel wird von der Wirtschaft und vom liberalen Fİögel seiner Gerechtigkeitspartei gedrängt, mit der Mutterlandspartei eine Koalition einzugehen.

'Pascha' Demirel wird wohl seinen Schwur, den Staatspräsidenten aus dem Amt zu jagen, vergessen müssen, ebenso sein Versprechen: 'Alle Türken erhalten bald zwei Schlüssel! Einen für die neue Wohnung und einen für das neue Auto.' Weil also eine rechtskonservative Koalition zustande kommt, sagt das bei der Klientelwirtschaft der konservativen Parteien noch lange nichts über die Stabilität einer solchen Regierung aus. Zu sehr ist sowohl die Partei des Rechten Weges aber auch die Mutterlandspartei in Gruppen und Grüppchen aufgespalten. Auch bei den Fundamentalisten Erbakans sieht es ähnlich aus. Unter dem Dach der Partei kandidierten die Faschisten um Türkeş und die Reformistenpartei des Rechtsaußen Edibali auf den Listen mit.

Weil also in dem ganzen Parteienspektrum rechtszentrifugale Kräfte vorhanden sind, die sich in der Regel in Seilschaften auflösen, hätte eine linke Volkspartei eine echte Aufgabe in der Türkei.

Die türkischen Sozialdemokraten könnten ihre Kräfte sammeln und eine echte Alternative zu den Rechtsparteien darstellen. Unklar bleibt jedoch, wie es zu diesem Einigungsprozeß kommen soll. İnönü hat seit langem vergeblich versucht, Ecevit zum Einlenken zu bewegen. So wurde am 20. Oktober eine historische Chance verpaßt. Zusammengezählt wären die beiden Linksparteien auf über 30 Prozent der Stimmen gekommen und hätten aufgrund des türkischen Wahlsystems eine reale Chance auf 50 Prozent der Parlamentssitze gehabt.

Mandatsverteilung: 450 Sitze insgesamt

	1991	1987
DYP	178	59
Mutterlandspartei	115	292
SHP	86	99
Wohlfahrtspartei	62	0
DSP	7	0

(-/28. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Von rechtsstaatlichen Verhältnissen weit entfernt**

**Zur Suspendierung der Menschenrechte und der Kurden-Repression in der Türkei**

**Von Bärbel Narnhammer MdL**

**Türkei-Expertin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Die Parlamentswahlen in der Türkei dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Türkei von rechtsstaatlichen Verhältnissen weit entfernt ist. Besonders Oppositionelle der kurdischen Minderheit, aber auch die Bevölkerung in den überwiegend kurdischen Gebieten Südostanatoliens sind staatlichen Schikanen, Folterungen und schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Dieses Fazit ziehe ich nach einer Informationsreise, die mich zehn Tage durch die kurdischen Gebiete Anatoliens und des Nordirak führte.

Die Ermordung des Bezirksvorsitzenden der pro-kurdischen "Volkspartei der Arbeit" (HEP) von Diyarbakir, Aydin, im Juli dieses Jahres war nur die Spitze des Eisberges: Bei der Beerdigung Aydins hatte das Militär wahllos in den Trauerzug geschossen und mindestens sieben Menschen getötet. Ein mit HEP-Abgeordneten und Journalisten besetzter Bus war völlig zerstört, die Insassen schwer mißhandelt und krankenhausreif geprügelt worden. Oppositionelle werden auch weiterhin verfolgt. Die Kandidatin der HEP-Partei von Diyarbakir, Leyla Zana, berichtete mir, daß sie nach ihrer Festnahme eine Woche lang von der Polizei mit Stöcken, Elektroschocks und brutalen Schlägen gefoltert worden sei: Jeder, der sich als Kurde bekenne, durchlaufe diese Folter nach einer Verhaftung, ehe er dem Gericht vorgeführt wird. Die HEP-Partei war durch einen Verfahrenstrick von der Wahl ausgeschlossen worden, die Abgeordneten kandidierten sozusagen "Huckepack" auf den Listen der sozialdemokratischen Partei SHP.

Im Zuge des regelrechten Bürgerkriegs zwischen der kurdischen Guerilla-Organisation PKK und dem türkischen Militär wird die Bevölkerung immer wieder terrorisiert: Nach Anschlägen der PKK berichten die Bewohner in den besonders umkämpften Gebieten um Cizre und Hak-kari übereinstimmend, werden die Häuser wahllos beschossen, werden Menschen unter der willkürlichen Anschuldigung, Helfershelfer der PKK zu sein, verhaftet und tagelang in den Gefängnissen gefoltert. Im Kampf zwischen PKK und türkischen Sicherheitskräften sind nach inoffiziellen Schätzungen zwischen 3.000 und 4.000 Menschen ums Leben gekommen. Die türkische Regierung beziffert die Zahl der Opfer auf etwa 2.900. Nach wie vor werden ganze Dörfer im Grenzgebiet, in dem die Lager der PKK vor allem vermutet werden, niedergebrannt und zerstört, werden alte Menschen deportiert.

Nach der Erschießung von fünf unschuldigen Menschen durch die Polizei im März letzten Jahres war es in den kurdischen Gebieten zu massenhaften Protesten gekommen. Seitdem spricht man dort von einer türkischen "Intifada". Der Bürgermeister von Cizre, ein Fundamentalist, der sich damals auf die Seite der Bevölkerung gestellt hatte, berichtete mir, daß er in letzter Zeit zweimal Mordanschlägen der Geheimpolizei nur knapp entkam - eine Darstellung, die von ortsansässigen Journalisten bestätigt wurde.

Grundlage für die Repression vor allem durch die Sondereinheiten der sogenannten "Konterguerilla" sind die Ausnahme Gesetze vom Frühjahr letzten Jahres, als das türkische Parlament auf die "Intifada" mit einer Politik der harten Faust antwortete. In den elf Provinzen, in denen seit 1987 der Ausnahmezustand herrscht, sind durch diese Gesetze sämtliche Menschenrechte suspendiert: Der Bezirksgouverneur ist mit geradezu diktatorischen Befugnissen ausgestattet; gegen die Übergriffe der Polizei und des Militärs gibt es keinerlei Klage- und Beschwerderecht. Offensichtlich waren die Ausnahme Gesetze auf Druck des "Nationalen Sicherheitsrates" verabschiedet worden. Die Generalität, auf deren "Putsch-Verfassung" von 1980 noch heute das türkische Rechtssystem im wesentlichen beruht, präsentiert sich weiterhin als stille Macht im Hintergrund, die seit der Staatsführung von Kemal Atatürk die Fäden der türkischen Politik in den Händen hält.

Bestürzend ist vor allem die Tatsache, daß die türkische Regierung seit dem Golfkrieg offenbar im Bewußtsein des "Stillhaltens der Alliierten" ihren Terror noch verstärkt hat: Bei den Bombardierungen angeblicher PKK-Stellungen im nordirakischen Schidar-Gebirge sind fast ausnahmslos kurdische Dörfer getroffen worden. Zahlreiche Menschen erlitten durch Napalbomben schwerste Brandverletzungen.

Die türkische Regierung scheint in Ihrer doppelzüngigen Kurden-Politik auf keinerlei internationalen Widerstand zu stoßen: Während die türkischen Kurden weiterhin verfolgt und jeglicher kulturellen Identität beraubt werden, geriert sich die Türkei gegenüber den irakischen Kurden um die beiden Kurdenführer Barsani und Talabani bereits als künftige Schutzmacht, wenn im Januar 1992 das alliierte Mandat ausläuft. Angesichts des durchsichtigen Kalküls muß die Ankündigung von Staatspräsident Özal, nach den Bombardierungen das Kurdenproblem friedlich lösen zu wollen, als bloßes taktisches Manöver entlarvt werden. Solange den Kurden in der Türkei Menschenrechte versagt, solange kulturelle Eigenheiten verboten und politische Betätigung unter Strafe gestellt werden, muß dem NATO-Partner die politische Anerkennung versagt werden. Die Bundesregierung muß mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Druck auf die kommende Regierung in Ankara ausüben, um die Türkei endlich zur Einhaltung internationaler Prinzipien gemäß der Schlußakte von Helsinki zu zwingen.

(-/28. Oktober 1991/rs/tr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **"Ein Zeichen gegen den Haß setzen"**

Mit Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen, Gottesdiensten und Mahnwachen im gesamten Bundesgebiet wollen Bürgerinitiativen, Parteigliederungen und Verbände am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938 und der Maueröffnung von 1989, gegen Fremdenhaß und Gewalt auftreten. Den Aufruf des Netzwerk Friedenskooperative zum ersten Aktionstag zu einer "Kampagne für ein gleichberechtigtes Zusammenleben, gegen Fremdenhaß, Gewalt und Abbau des Asylrechts" haben kurzfristig bereits zahlreiche Gruppen und Organisationen aus Bürgerrechts-, Solidaritäts- und Friedensbewegungen, gewerkschaftliche und christliche Gruppierungen, Flüchtlingsräte und Immigrantenorganisationen gezeichnet. Zu den Unterzeichnern gehört auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten, die Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), die Aktions-sühnezeichen/Friedensdienste und die deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Ein Jahr nach der Vereinigung wird das Bild Deutschlands geprägt von einer emotional aufgeheizten Asyldebatte, einem neuen deutschen Rassismus und einer Welle von Gewalt und Verbrechen gegen Menschen, die hier Schutz und Zuflucht suchen. Immer mehr Menschen stellen sich aber auch demonstrativ an die Seite unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie verteidigen das Menschenrecht auf Zuflucht auf Asyl, das aus Verantwortung gegenüber unserer Geschichte als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen wurde.

So erschreckend wie die Aktionen von Skins und der Zuwachs neofaschistischer Gruppen ist die offene Billigung der Gewalt gegen Flüchtlinge durch viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Für Existenzängste und soziale Probleme werden Fremde, Minderheiten und die Schwächsten der Gesellschaft verantwortlich gemacht. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und

Armut haben aber ganz andere Wurzeln. Sie sind Ergebnisse einer verfehlten Politik. Tatsache ist auch: Die Ausländerinnen und Ausländer, die von uns gerufen oder durch Not getrieben zu uns kamen, haben wesentlich zum Aufbau und zum Wohlstand hier beigetragen.

Fremdenhaß und Gewalt sind auch Folge der von Politikern losgetretenen Asyldebatte. Fremdenhaß und Gewalt dienen ihnen jetzt als Rechtfertigung für den weiteren Abbau elementarer Menschenrechte.

Die meisten Menschen begrüßen die Öffnung der europäischen Grenzen und empfinden die Vielfalt der Kulturen und Lebensweisen als Bereicherung. In diesem gemeinsamen Haus Europa ist kein Platz für Rückfälle in die enge, dumpfe Welt nationalistisch-rassistisch geschürten Hasses auf Fremde und Minderheiten. In unserem Land soll Einvernehmen sein, daß Demokratie und Grundrechte für alle gelten und nicht von der Nationalität abhängig sind. Gewalt und Fremdenhaß zerstören auch uns selbst.

Rassistische Gewalttäter verkünden stolz, Hoyerswerda sei "ausländerfrei". Am 9. November 1938 hieß es in vielen deutschen Städten, sie seien nun "judenfrei". Der 9. November 1938 mahnt uns, in Deutschland nie wieder Pogrome zuzulassen und allen Anfängen zu wehren.

Dabei kommt es auf jede und jeden Einzelnen an, auf Zivilcourage im Alltag. Fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen und Vorurteile dürfen nicht schweigend hingenommen werden. Die meisten von uns können mehr Kontakte zu Flüchtlingen oder ausländischen Nachbarn knüpfen und pflegen. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf der Straße angepöbelt oder angegriffen werden. Zivilcourage und Solidarität können den Haß überwinden.

**Wir rufen auf zu einer Kampagne für ein gleichberechtigtes Zusammenleben, gegen  
Fremdenhaß, Gewalt und den Abbau des Asylrechts.**

**Erster bundesweiter Aktionstag: 9. November 1991**

Beteiligt Euch an der großen Demonstration in Berlin, an den regionalen Kundgebungen in unter anderem Hamburg, Köln, Frankfurt/M, Stuttgart und München und den Aktionen in vielen weiteren Orten in der Bundesrepublik! Unterstützt die Mahnwachen zum Schutz der Flüchtlingsunterkünfte!

Laß uns am 9. November ein unübersehbares Zeichen setzen gegen Gewalt und Haß, für eine Gesellschaft gleichberechtigter BürgerInnen verschiedener Herkunft und Kultur, für Demokratie und Menschenrechte.

(-/28. Oktober 1991/rs/tr)

\*\*\*\*\*